

Altersgrenze für Social Media: Grüne fordern Schutz für Jugendliche!

Die Grünen in Österreich fordern ein Mindestalter von 16 Jahren für soziale Medien, um Jugendliche vor Cybermobbing und Fake News zu schützen.

Vienna, Österreich - Die Grünen in Österreich haben einen Vorstoß gestartet, der ein gesetzliches Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien fordert. Anlässlich alarmierender Ergebnisse einer umfassenden Jugendstudie sehen sie die Notwendigkeit, junge Menschen vor gefährdenden Inhalten wie Hass, Fake News und Cybermobbing zu schützen. Diese Forderung wird durch die Erkenntnisse der Ö3-Jugendstudie untermauert, die unter 28.000 jungen Menschen durchgeführt wurde.

Die Studie zeigt, dass beträchtliche Teile der 16- bis 25-Jährigen, konkret 85 Prozent, ein verbindliches Mindestalter für Plattformen wie Instagram oder TikTok befürworten. Zudem verbringen 81 Prozent dieser Altersgruppe täglich zwischen einer und fünf Stunden mit ihrem Mobiltelefon. 16 Prozent der Befragten überschreiten sogar regelmäßig die fünf Stunden täglicher Bildschirmzeit. Fast 40 Prozent der Teilnehmer betrachten soziale Netzwerke als wichtige Informationsquelle, während 68 Prozent sie als erheblichen Zeitverbraucher einstufen.

Überforderung durch digitale Inhalte

Barbara Neßler, Jugendsprecherin der Grünen, hebt hervor, dass jüngere Nutzer häufig überfordert seien von den

problematischen Inhalten, die in sozialen Medien kursieren. Dazu zählen verstörende Bilder, sexistisches Gedöns oder rechtsextreme Propaganda. Neßler argumentiert, dass Altersgrenzen im digitalen Raum ebenso wichtig seien wie bei Alkohol oder Tabak. Sie warnt vor den weitreichenden Auswirkungen von Cybermobbing, das in der digitalen Welt eine neue Dimension erreicht habe.

Die Grünen fordern nicht nur eine Altersgrenze, sondern auch eine stärkere Verantwortung der Plattformbetreiber. Diese sollen verlässlich prüfen, wer ihre Dienste nutzt, etwa durch verifizierte Altersnachweise. Diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, die häufig alarmierenden Anzeichen problematischen Verhaltens im Internet zu verringern.

Auswirkungen auf die Psychische Gesundheit

Zusätzlich zu den Forderungen der Grünen hat die WHO in einer neuen Veröffentlichung auf die psychosozialen Aspekte der sozialen Medien für Jugendliche hingewiesen. Etwa 11 Prozent der Jugendlichen zeigen Anzeichen eines problematischen Verhaltens im Hinblick auf soziale Medien. Dabei ist eine höhere problematische Nutzung bei Mädchen (13 %) im Vergleich zu Jungen (9 %) zu beobachten. Diese problematische Nutzung umfasst Symptome wie Kontrollverlust und negative Auswirkungen auf das tägliche Leben.

Dr. Hans Henri P. Kluge von der WHO betont die Notwendigkeit von Medienkompetenz sowie mögliche Maßnahmen wie Altersbeschränkungen für soziale Medien. Die WHO fordert mehr Investitionen in gesundheitsfördernde schulische Umgebungen und evidenzbasierte Programme, um Jugendliche in die Lage zu versetzen, fundierte Entscheidungen über ihre Online-Aktivitäten zu treffen und ihr Wohlbefinden zu schützen.

Insgesamt fordert die Diskussion um die Altersgrenzen in sozialen Medien einen offenen Dialog über digitales

Wohlbefinden, nicht nur in Familien, sondern auch in Schulen.
Die Grünen und Experten wie Dr. Kluge begreifen die Thematik
als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um den
Herausforderungen der digitalen Welt angemessen zu
begegnen.

Details	
Vorfall	Cyberkriminalität
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.kosmo.at • www.who.int

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at